

Schweiz

Schulen sollen auf Microsoft-Programm verzichten

Datenschützer fordern von Software-Firmen schriftliche Garantien, um Datenmissbrauch zu verhindern.

Anja Burri

Das Microsoft-Programm Office365 für Schüler ist in den Fokus der Datenschützer geraten. In Luzern und Solothurn raten die kantonalen Datenschutzbeauftragten den Schulen, auf das Programm zu verzichten. In Zürich und weiteren Kantonen laufen Abklärungen. Der Fall wirft ein Schlaglicht auf ein Datenschutzproblem, gegen das die Schulen noch kein Rezept haben. Office365 basiert wie andere, in Schulen immer beliebtere Internetdienste auf einer sogenannten Cloud, einem externen Server, der sich irgendwo im Ausland befindet. Mit Office365 können die Schüler in der Schweiz mit einem persönlichen Login auch von zu Hause aus auf das Netzwerk zugreifen, ihre Hausaufgaben erledigen und Office-Programme nutzen – und zwar ohne diese auf den heimischen Computer herunterzuladen.

Schüler als künftige Kunden

Kritiker befürchten, dass es die kommerziellen Anbieter von Cloud-basierten Programmen auf die persönlichen Daten, also Namen und Adressen der Schüler, abgesehen haben. «Es besteht die Möglichkeit, dass Daten der Schüler für fremde Zwecke verwendet werden», sagt die Solothurner Datenschutzbeauftragte Judith Petermann Büttler. Denn heute sei es für die einzelnen Schulen gar nicht möglich, mit einem Cloud-Anbieter einen Vertrag abzuschliessen und darin die Einhaltung des Datenschutzes sicherzustellen. Die Schulen seien ein attraktives Feld für die Unternehmen, weil sie hier künftige Kunden an sich binden könnten, sagt Andy Schär, Leiter der Beratungsstelle Imedias für digitale Medien in Schule und Unterricht an der Pädagogischen Hochschule FHNW. Wenn sich die Schüler von zu Hause aus mit Namen in ein solches Netzwerk einloggen, verfügten die Anbieter dank der IP-Adresse des Internetanschlusses auch über die Postadresse des Kindes.

Microsoft Schweiz betont, es gebe keine Datenschutzprobleme mit dem Programm Office365. Das Unternehmen erfülle weltweit Sicherheitsstandards und Datenschutzbestimmungen, wie zum Beispiel die EU Datenschutzbestimmungen, sagt Sprecherin Barbara Josef. Microsoft nutze keine Nutzerdaten für andere Zwecke wie zum Beispiel Werbung. Zudem legten die Schulen die Benutzerkonten selber an. Dementsprechend könnten sie sich auch mit einer unpersönlichen E-Mail-Adresse ohne Namen anmelden.

Mit Daten «bezahlen»

Die Vorbehalte der Datenschützer betreffen nicht alleine Microsoft, sondern auch andere Cloud-Anbieter, kostenpflichtige und kostenlose Dienste. «Die Tatsache, dass man nichts bezahlt, heisst nicht, dass der Nutzer keine Gegenleistung erbringt», sagt Petermann Büttler. Diese Gegenleistung bestehe häufig im Übermitteln persönlicher Daten. «Die Nutzung von Clouds beinhaltet zahlreiche Risiken für den Schutz und die Sicherheit der Daten», sagt der Zürcher Datenschutzbeauftragte Bruno Baeriswyl, der auch Präsident der Vereinigung der Schweizerischen Datenschutzbeauftragten ist. Die Schule könne die Kontrolle über die Daten verlieren und Daten könnten verloren gehen oder missbraucht werden. Zudem sei die Durchsetzung von Rechtsansprüchen im Ausland schwierig. «Die vertraglichen Vereinbarungen müssen garantieren, dass das schweizerische Datenschutzrecht eingehalten wird», sagt Baeriswyl. Insbesondere müsse sicher gestellt sein, dass der Cloud-Anbieter die Daten nicht für andere Zwecke verwende. Der Eidgenössische Datenschutzbeauftragte Hanspeter Thür fordert die kantonale Erziehungsdirektorenkonferenz zum Handeln auf: Nur wenn alle Schulen konsequent keine einzelnen Login-Daten der Schüler mehr lieferten, würden die Software-Anbieter zu einem Umdenken gezwungen.

Nun besteht die Möglichkeit, die Forderungen der Datenschützer vertraglich mit Microsoft festzuhalten. Bis voraussichtlich Ende August handelt die Genossenschaft Educa.ch im Auftrag der öffentlichen Schulen mit Microsoft einen



Seitenblick: Experten befürchten, dass es die Cloud-Anbieter auf persönliche Daten der Schüler abgesehen haben. Foto: Keystone

neuen Rahmenvertrag aus. Unter anderem geht es dabei auch um Mengenrabatte für die Schulen. Hinter den Kulissen wird vor allem um den Datenschutz gefeilscht. Auslöser für die neuen Vertragsverhandlungen war jedoch ein Betrugsfall, den die NZZ publik machte: Der Verkaufsleiter, der den Schweizer Schulen Microsoft-Software verkaufte, soll jahrelang Geld abgezweigt haben. Microsoft kündigte deshalb im Februar die Software-Lizenzverträge mit den Schweizer Schulen auf.

Educa.ch verhandelt zurzeit auch mit dem Software-Anbieter Adobe über einen neuen Rahmenvertrag. Man sei grundsätzlich an der Zusammenarbeit mit allen Soft- und Hardware-Herstellern interessiert, die sich im Bildungsbereich engagieren wollten, sagt Markus Willi,

Co-Leiter der zu Educa.ch gehörenden Schweizerischen Fachstelle für Informationstechnologien im Bildungswesen (Sfib).

Lehrer nutzen Dienste

In den Schweizer Klassenzimmern nutzen heute trotz der Bedenken der Datenschützer immer mehr Lehrkräfte kostenlose Cloud-Dienste wie Dropbox oder Google Docs, deren Server im Ausland stehen. Auch für die Nutzung von Apple-Produkten müssen die Kinder persönliche Daten wie Mailadresse und Namen liefern: Wer für Apple-Geräte Lern-Apps, Musik oder sonstige Programme herunterladen will, braucht eine sogenannte Apple-ID. Zwischen Apple und Educa.ch gibt es bisher keinen Rahmenvertrag. Auch Kurt Reber,

Lehrer und ICT-Verantwortlicher an der Volksschule in Münchenbuchsee, nutzt Clouddienste im Unterricht. «Die gesellschaftliche Entwicklung macht nicht halt vor unseren Datenschutzgesetzen», sagt Reber, der auch wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Medienbildung der pädagogischen Hochschule Bern ist. Die Schule werde immer mehr auf computer- und internetbasiertes Lernen angewiesen sein. Privat nutzten die Leute ja bereits unzählige Internetdienste, bei denen der Datenschutz nicht garantiert sei. Früher oder später müsse das Gesetz dieser Realität angepasst werden. Reber empfiehlt den Verantwortlichen an Schulen, Cloud-Dienste nur zu nutzen, wenn es um unbedenkliche Daten wie etwa Mathematikübungen geht.

IT-Strategie

Genf will den Kindern die Wahl lassen

Um nicht länger von kommerziellen Software-Anbietern abhängig zu sein, führt der Kanton Genf als erster Kanton der Schweiz in allen Schulen Open Source Software und Betriebssysteme ein. «Wir wollen vermeiden, dass unsere Schüler auf ein bestimmtes Produkt getrimmt werden», sagt Manuel Grandjean, Direktor des Genfer Bildungsdepartements. In der Primarschule soll der Wechsel bis Ende Jahr abgeschlossen sein. In der Sekundarschule finden zurzeit Pilotversuche mit Software und Tablet-Computern statt. Für bestimmte Anwendungen wie zum Beispiel das Sprachenlernprogramm werde Genf weiterhin auch Produkte von Apple und Microsoft nutzen, sagt Grandjean.

Obwohl das Geld laut Grandjean bei der Umstellung nicht im Vordergrund steht, rechnet Genf mit Einsparungen in Millionenhöhe. Alleine durch die Umstellung von kostenpflichtigen Office-Programmen auf das kostenlose LibreOffice will der Kanton in den nächsten fünf Jahren über 2 Millionen sparen. Für jeden neuen Computerarbeitsplatz würden zudem dank des kostenlosen Linux-Betriebssystems Ubuntu 250 Franken eingespart. Genf rechnet mit mehreren

Tausend zusätzlichen Computern in den nächsten Jahren. Bei Open Source Software fallen selten Lizenzkosten an, dafür kosten die Anpassungen Zeit und je nachdem auch Geld: «Es braucht meistens etwas Aufwand, bis alles nach Wunsch funktioniert», sagt Imedias-Leiter Andy Schär. Lizenzfreie Programme seien nicht immer auf die Bedürfnisse der Schule zugeschnitten.

Markus Willi, Co-Leiter der Schweizerischen Fachstelle für Informationstechnologien im Bildungswesen (Sfib) bei der Educa findet die Genfer Lösung «sehr unterstützungs- und überlegenswert». Er kenne viele Verantwortliche in den Kantonen, die den Open-Source-Gedanken gerne aufnehmen würden. Es brauche jedoch auf allen Ebenen noch viel Überzeugungsarbeit. Dafür setzt sich die parlamentarische Gruppe digitale Nachhaltigkeit ein. Die Einführung des Lehrplans 21 und der damit verbundenen neuen Lehrmitteln sei eine gute Gelegenheit, um auf Open Source Software umzustellen, sagt Edith Graf-Litscher, SP-Nationalrätin und Co-Präsidentin der parlamentarischen Gruppe. Das Thema sei für die nächste Sitzung im Herbst traktandiert. (bua)

«Rechnen in der Wolke»

Cloud und Open Source erklärt

Lehrer arbeiten zunehmend mit Programmen, die Daten in einer externen Datenwolke, einer sogenannten Cloud, speichern. Cloud Computing (deutsch: «Rechnen in der Wolke») bedeutet vereinfacht, dass Software, Speicherplatz oder Rechnerleistung über ein Netzwerk wie das Internet bezogen oder gemietet wird. Die Schüler können dank der Cloud ihre Hausaufgaben zu Hause erledigen, ohne dass sie die Programme auf dem heimischen Computer installieren müssen. Sie müssen sich via Internet in das Netzwerk einloggen. Dort können sie etwa Texte verfassen oder Informationen mit Klassenkameraden und Lehrern austauschen.

Open Source nennt man Software, die frei kopiert, verändert und weiterverbreitet werden darf. Dies ist möglich, weil der Quelltext, quasi die DNA des Programmes, offen gelegt wird. Die Programme und Betriebssysteme werden von Experten auf der ganzen Welt weiterentwickelt. Beteiligt sind neben Non-Profit-Organisationen und Freiwilligen auch Unternehmen. Zu den bekanntesten Open Source Programmen gehört Open Office, eine kostenlose Alternative zu den Office Programmen. Neben Open Source gibt es auch freie Software. Diese ist gratis im Internet verfügbar, steht der Online-Gemeinschaft jedoch nicht zur Weiterentwicklung zur Verfügung. (bua)

Bürgerliche halten Braunkohle für einen Sündenfall

Kritik nicht nur von links: Für bürgerliche Politiker ist Holcims Wechsel von der Stein- zur Braunkohle nicht im Sinn der Energiewende.

Stefan Häne

SVP-Nationalrat Hans Killer wohnt in Untertsgenthal AG – unweit des Zementwerks, in welchem die Holcim ab Herbst statt Steinkohle die noch klimaschädlichere Braunkohle verfeuern will («Bund» von gestern). Vielleicht dieser Nähe wegen, sagen bürgerliche Parlamentarier hinter vorgehaltener Hand, wage er es nicht, über dem Zementriesen den Stab zu brechen. Killer entgegnet, er kenne die Beweggründe der Holcim und die technischen Details zu wenig, um sich ein seriöses Urteil zu bilden. Stattdessen lobt er die «grossen Anstrengungen» der Holcim, fossile Brennstoffe in den letzten Jahren durch alternative zu ersetzen.

Für andere bürgerliche Energiepolitiker hingegen gibt es nichts zu deuteln: «Der Einsatz von Braunkohle ist nicht im Sinn der Energiewende», sagt etwa SVP-Ständerat This Jenny. Als Branchenleaderin in der Schweiz müsse die Holcim eine Vorbildfunktion übernehmen. Nationalrat Christian Wasserfallen (FDP) empfiehlt der Holcim, «wenigstens auf Gas zu wechseln». Deren Griff zur Braunkohle steht nach Einschätzung vieler Bürgerlicher stellvertretend für eine Entwicklung, über welche die Atomkraftgegner kein Wort verlören: «In der Schweiz steht ein fossiles Stromzeitalter an», sagt Wasserfallen und verweist auf die Stadt Bern, die aus der Atomenergie aussteigen wolle und auf Gaskraftwerke zu setzen beginne.

Grüne fordern Importverbot

Der Entscheid der Holcim weckt auch im linken Lager Kritik. Vertreter von SP und Grünen orten ein Versagen des Schweizer Emissionshandelssystems, weil es sich finanziell lohne, von einem schlechten auf einen noch schlechteren Energieträger umzusatteln. Auch Bürgerliche sind darüber irritiert. SVP-Ständerat Jenny will sich von Fachleuten über die komplexe Materie ins Bild setzen lassen und das Problem demnächst in der Energiekommission auf den Tisch bringen.

Derweil fordern die Grünen ein Importverbot für Braunkohle. «Energieintensiven Unternehmen soll es künftig nicht mehr möglich sein, dank billiger, dreckiger Energie ihre Kosten zu senken», sagt Nationalrat Bastien Girod. Die Grünen verlangen zudem eine CO₂-Steuer, die auch die grauen Emissionen erfasst; jenen Ausstoss von Treibhausgasen, der bei der Herstellung und dem Transport eines Produktes anfällt. Zement aus China etwa, das Braunkohle im grossen Stil verheizt, würde laut Girod so teuer und damit für Schweizer Abnehmer unattraktiv. Ähnlich argumentiert die GLP. Für Präsident Martin Bäumle ist der Einsatz von Braunkohle ein «No-Go» – und der Beweis, dass nicht erneuerbare Energien besteuert werden müssen – so wie es die GLP-Initiative «Energiesteuer statt Mehrwertsteuer» verlange.

Weiterer Abgang bei Sommaruga

Bei Justizministerin Simonetta Sommaruga geben sich die Informationschefinnen die Klinke in die Hand. Wie das Justizdepartement gestern mitteilte, hat Sommarugas Informationschefin Sylvia Scalabrino auf Ende Oktober gekündigt. Grund seien «unterschiedliche Vorstellungen über Fragen der Organisation und der Ressourcen». Scalabrino war erst seit Januar im Amt. Schon ihre Vorgängerin, Christine Stähli, hielt es bei Sommaruga nicht lange aus. Stähli kam im Februar 2011 – Ende 2012 ging sie wieder. Auch sonst hatte Sommaruga dieses Jahr gewichtige Abgänge zu verzeichnen: Im April ging Michael Leupold, Direktor des Bundesamts für Justiz, und vor wenigen Wochen nahm Marc Gebhard von der Kommunikationsabteilung den Hut. Sommaruga steht nicht im Ruf, dass sie enge Mitarbeiter ins Vertrauen zieht – was in den anderen Departementen der Fall ist. (hmo)